Freie Demokraten im Hessischen Landtag

STEUERPLÄNE VON SPD UND GRÜNEN

14.05.2013

„Die rot-grünen Steuerpläne belasten hessische Familien und gefährden zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. SPD und Grüne wollen gleichzeitig mehr als zehn Steuerschrauben nach oben drehen. Die Einkommens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuer sollen erhöht, eine Vermögens-, Wasser- und Baurohstoffsteuer eingeführt, das Ehegattensplitting abgeschafft, die Kinderfreibeträge reduziert, die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung angehoben und Minijobs abgeschafft werden. Das rot-grüne Gesamtkonzept trifft die Mitte unserer Gesellschaft. Wenn SPD und Grüne angesichts ihrer Pläne von ‚Sozialer Gerechtigkeit' sprechen, dann ist das purer Etikettenschwindel. In Wirklichkeit handelt es sich um das Abkassieren des Mittelstandes, von Handwerkern, Facharbeitern und Familienunternehmern. Die rot-grünen Absichten sind ein weiterer Beitrag zur staatlichen Bevormundung und Gängelung der Bürger, sie schaden unserem Land, haben den Verlust von Hunderttausenden Arbeitsplätzen zur Folge und gefährden unseren Wohlstand", sagten die Vorsitzenden der Landtagsfraktion von CDU und FDP, Dr. Christean Wagner und Wolfgang Greilich. Die beiden Fraktionsvorsitzenden kritisierten besonders, dass „selbst Schüler, Studenten und Rentner nach den rot-grünen Vorstellungen bluten müssen, sollten die steuerfreien 450-Euro-Jobs wegfallen."

„SPD und Grüne behaupten immer wieder wahrheitswidrig, die sogenannten ‚Reichen' zu treffen. In Wahrheit haben sie aber Familien mit einem monatlichen Einkommen von 5.000 Euro im Visier. Rot-Grün plant einen tiefen Griff in die Taschen der Menschen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen. Das nenne ich Demotivierung der Fleißigen", erklärte Wagner.

„Unser Ziel ist es, Wohlstand für alle zu schaffen und zu erhalten. Die Politik der christlich-liberalen Koalitionen im Bund und in Hessen hat dazu geführt, dass viele neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden sind, zwei Millionen Arbeitslose

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242

wieder Arbeit haben und die Reallöhne ansteigen. Für uns ist es wichtig, dass alle Personengruppen an diesem Aufschwung teilhaben. Dazu gehören für die hessische CDU und FDP insbesondere auch unsere Beamten. Daher übernehmen wir auch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst für die hessischen Beamten, die somit im Vergleich zu den Angestellten nicht benachteiligt werden. Ganz anders sieht das jedoch in rot-grün-geführten Bundesländern aus. In Rheinland-Pfalz gibt es lediglich eine jährliche Besoldungsanpassung von einem Prozent und in Nordrhein-Westfalen gehen die Beamten im höheren Dienst die nächsten zwei Jahre sogar komplett leer aus. Wir wollen gute Bewerber in Hessen und daher halten wir den rot-grünen Weg für grundfalsch“, ergänzte Greilich.

Der Blick in die beschlossenen Wahlprogramme belege den unverantwortlichen Griff von Rot-Grün in die Taschen der Bürger:
• SPD und Grüne wollen die Einkommenssteuer erhöhen. Der Höchststeuersatz soll auf 49 Prozent steigen. Die Grünen wollen Personen bereits ab einem Einkommen von knapp 60.000 Euro, die SPD ab 64.000 Euro höher besteuern. In Verbindung mit der Abschaffung des Ehegattensplittings kommt es schon zu Mehrbelastungen, wenn das Brutto-Familieneinkommen einer vierköpfigen Familie 5.151 Euro übersteigt. Die Steuerpläne von Rot-Grün treffen damit nicht nur Einkommensmillionäre, sondern vor allem auch die Mittelschicht. Angesichts der Tatsache, dass Familienunternehmer durchschnittlich 80 Prozent ihrer Gewinne wieder in ihr Unternehmen investieren, sind diese Pläne nicht nur ungerecht, sondern besonders wachstumsfeindlich und arbeitsplatzgefährdend.

• Auch die von der SPD propagierte Reduzierung der Kinderfreibeträge würde zu Mehrbelastungen führen. Jede dritte Familie wäre davon betroffen. Die Grünen wollen zudem die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung anheben. Im Ergebnis führt das zu weiteren Belastungen des Einzelnen. Durch die geplanten Änderungen bei der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte wären zudem alle Sparer und Anleger, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, mit einer höheren Belastung konfrontiert.

• Die Übergabe eines Unternehmens würde durch die steuerpolitischen Vorstellungen von Rot-Grün und durch die Verdopplung der Erbschaftssteuer für viele Familienunternehmer unerschwinglich. Was über Generationen aufgebaut wurde, wäre durch einen Rot-Grünen

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242

Wahlsieg kaum mehr zu erhalten.

• Die steuerpolitischen Vorstellungen von Rot-Grün bedeuten eine unmittelbare Gefährdung für hundertausende von Arbeitsplätzen. Da in Deutschland gut drei Viertel aller Firmen als Personengesellschaften organisiert sind, würde die beabsichtigte Einführung einer Vermögenssteuer bzw. -abgabe von 1,5 Prozent die Substanz von Unternehmen unmittelbar treffen. Ganz unabhängig davon, dass eine solche Vermögenssteuer oder -abgabe verfassungswidrig ist, weil nicht Umsatz oder Gewinn, sondern die Substanz besteuert wird, schädigt die Vermögenssteuer vor allem innovative Unternehmen, die über hochwertige Technik und Maschinen verfügen. Dadurch werden Krisen weiter verschärft und Unternehmen und Arbeitsplätze in ihrer Existenz gefährdet.

• Die Grünen wollen Schülern, Studenten und Rentnern mit einem „Mini-Job“ die Einkommen kürzen. Statt 450 Euro sollen nur noch 100 Euro steuerfrei verdient werden können. Das belastet die familiäre Haushaltskasse zusätzlich und schränkt die Möglichkeiten ein, sich mit einem Nebenjob noch etwas Geld hinzuzuverdienen.

• In Hessen soll zusätzlich eine Besteuerung von Leitungswasser durch den Wassercent und Steuern auf Sand, Steine und Kies eingeführt werden. Diese Steuern treffen die Bauindustrie und die vielen Familien, die von einem Eigenheim träumen.

• Rot-Grün blockiert im Bundesrat das Gesetz zum Abbau der kalten Progression und belastet so den Mittelstand. Gerade Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die unter der kalten Progression stärker leiden, werden weiter belastet. Es ist unredlich, 'Gerechtigkeit' zu proklamieren, aber gleichzeitig den Bürgern mehrere Milliarden Euro pro Jahr vorzuenthalten.

• Rot-Grün blockiert das Steuerabkommen mit der Schweiz und bringt Hessen dadurch allein in diesem Jahr um etwa 700 Millionen Euro. Durch ihre Blockade im Bundesrat nimmt Rot-Grün aus parteitaktischen Gründen hin, dass Top-Verdiener mit fragwürdigen Geldgeschäften und steuerfreien Immobilientransaktionen weiterhin erheblich Steuern sparen und dem Staat Einnahmen in Millionenhöhe verloren gehen.

• SPD und Grüne wollen die hessische Klage gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich (LFA) verhindern, damit rot-grün regierte Nachbarländer weiter soziale Wohltaten auf unsere Kosten finanzieren können, und verraten so hessische Interessen. Von einer Milliarde Euro, die das Land weniger in den Länderfinanzausgleich

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242

einzahlen müsste, würden die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise 230 Millionen Jahr für Jahr mehr erhalten.

• SPD und Grüne unterstützen die Einführung von Eurobonds und eines Europäischen Schuldentilgungsfonds. Das Resultat wäre eine Vergemeinschaftung von Schulden. Auch hier wird bereitwillig hessisches Steuergeld ausgegeben. Die Vorschläge lösen die Probleme der Staatsschuldenkrise allerdings in keiner Weise.

„Mit ihren Steuerplänen rücken SPD und Grüne immer näher an die utopischen Vorstellungen der Linkspartei. Ihre Wahlprogramme zeigen deutlich, dass sie unter Finanzpolitik vor allem das Schröpfen der Steuerzahler verstehen. Welche katastrophalen Folgen diese Kampfansage insbesondere gegen Familien und Facharbeiter hat, lässt sich daran ablesen, dass zum Ende der letzten rot-grünen Bundesregierung fünf Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos waren. Sozial ist aber, was Arbeit schafft. Daran orientieren wir auch weiterhin unsere Politik. Die Schere zwischen Arm und Reich geht heute nicht wie früher weiter auseinander, sondern im Gegenteil immer weiter zusammen. Zehn Prozent aller Steuerpflichtigen finanzieren aktuell mehr als 55 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Rund die Hälfte aller Haushalte bezahlt dagegen gar keine Einkommensteuer. Diese Zahlen belegen, dass in Deutschland die Bürger mit den breiten Schultern auch die meisten Steuern zahlen“, so Wagner.

„Die Argumentation von SPD und Grünen, dass der Steuersatz früher viel höher war, hinkt an vielen Stellen. Denn vergleicht man den heutigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent mit dem von 1958, so stellt man fest, dass er damals in der Tat bei 53 Prozent lag und bei einem Einkommen ab umgerechnet 56.000 Euro begann. Allerdings war damals jemand mit einem Einkommen von 56.000 Euro tatsächlich ein Spitzenverdiener, da das Durchschnittseinkommen gerade einmal bei 2725 Euro jährlich lag. Der Spitzensteuersatz fing also erst bei mehr als dem zwanzigfachen Lohn des Durchschnittseinkommens an. Heute liegt das Durchschnittseinkommen bei ca. 29.000 Euro. Der Spitzensteuersatz fängt bei einem Einkommen von 52.822 Euro und damit beim 1,8-fachen Durchschnittslohn an. Hinzu kommt, dass schon heute über 50 Prozent des Einkommensteueraufkommens von den oberen zehn Prozent getragen wird“, sagte Greilich.

Auch wenn sich vielleicht nicht jede dieser einzelnen Maßnahmen für jedermann auswirke, so treffe das rot-grüne Gesamtkonzept „voll in die Mitte der Gesellschaft“.

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242

Welche Mehrbelastungen drohen, machen folgende Beispiel deutlich:

• Ehegattensplitting - Familie mit zwei Kindern – Mann verdient 3.500 Euro, Frau 850 Euro im Monat - Jahreseinkommen der Familie 50.000 Euro: + 1.155 Euro/pro Jahr
• Mittelständisches Familienunternehmen - Mitarbeiter 25, Gewinn 120.000 Euro, Steuern ohne Vermögensabgabe 37.470 Euro, Steuern mit Vermögensabgabe 79.470 Euro: + 42.000 Euro/pro Jahr
• Schüler, Student, Rentner – 450-Euro-Job: + 1.102,95 Euro/pro Jahr

Insgesamt komme es zu massiven Mehrbelastungen der hessischen Unternehmen und jedes einzelnen Bürgers. „Die Erbschaftssteuer gefährdet beispielsweise massiv die Übertragung von Familienunternehmen auf die nächste Generation. Die Vermögenssteuer wiederum trifft vor allem Familienunternehmen, da das Betriebsvermögen betroffen wäre. Wenn ein Unternehmer das Geld nicht sofort auf den Tisch legen kann, dann wird der Gewinn zusätzlich mit 35 Prozent besteuert. Die Folge: Das Unternehmen hat weniger Möglichkeiten für Neuinvestitionen“, so Greilich.

„Die Opposition verschweigt, dass die Vermögenssteuer zu einer Verteuerung von Mieten führt. Mehr als 50 Prozent der Vermögen in Deutschland sind Immobilien. Die Wohnungseigentümer würden entweder die Vermögenssteuer auf Mieter umlegen oder weniger Geld zur Verfügung haben, um neue Wohnungen zu bauen. So löst man das Problem der Wohnungsknappheit in Ballungsräumen nicht, sondern verschärft es“, so Wagner.

Abschließend bewerteten die Fraktionsvorsitzenden die Pläne von SPD und Grünen wie folgt: „Auf Landesebene arbeiten SPD und Grüne mit ungedeckten Schecks, wie die Mehrausgaben ausweislich der Haushaltspläne in Höhe von 1,5 Milliarden Euro mehr zeigen. Einen seriösen Gegenfinanzierungsvorschlag gibt es nicht. Steuererhöhungen im Bund, auf die SPD und Grüne in Hessen keinen Einfluss haben, sollen das Geld bringen. Auf Bundesebene schüren SPD und Grüne eine Neidkampagne. Schon frühere rot-grüne Regierungen haben behauptet, sie wollten nur die ‚Reichen‘ zusätzlich belasten. Im Ergebnis wurde aber immer die Mittelschicht zur Kasse gebeten. Genau das wollen wir als CDU und FDP verhindern!“

Kontakt:

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=4242